

Mit diesem Bericht informiere ich Sie über die Geschäftsentwicklung der Pfalzwerke Netz AG vom 01. Januar bis zum 31. März des laufenden Geschäftsjahres.

Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft

Im ersten Quartal 2021 kam es am Stromterminmarkt zu einem kräftigen Preisanstieg. Damit setzte sich die Aufwärtsbewegung vom Ende des Vorjahres nahtlos fort. Der Frontjahreskontrakt stieg bis über 57 Euro/MWh. Der Haupttreiber der Entwicklung war der CO₂-Markt. Dort stiegen die Notierungen von knapp 34 Euro/t auf fast 44 Euro/t an. Die Energie- und Rohstoffmärkte wurden offenbar durch die positive Entwicklung der Finanzmärkte beeinflusst, die von der Verabschiedung des großen Konjunkturpakets in den USA und den Fortschritten in den Impfkampagnen beflügelt wurden. Der durchschnittliche Spotmarktpreis lag im ersten Quartal bei 49,59 Euro/MWh und damit knapp 90 % über dem Wert des Vorjahres. Das Q1-2021 war das teuerste erste Quartal seit 2011. Hauptgrund war die im Vergleich zum Vorjahr um etwa ein Drittel niedrigere Einspeisung aus Windkraft. Die hohen CO₂- und Gaspreise beförderten diese Entwicklung zusätzlich.

Der Preis für den Frontjahreskontrakt am Gasterminmarkt stieg im Verlauf des ersten Quartals von 16,07 Euro/MWh bis auf 18,05 Euro/MWh an. Stützend wirkten dabei die steigenden Ölpreise in Folge der zweimaligen Förderkürzung bzw. deren Verlängerung durch die OPEC+. Hinzu kamen Fördereinschränkungen in den USA durch einen heftigen Kälteeinbruch im Februar, der weite Teile der Öl- und Gasförderung zeitweise lahmlegte. Die Spotpreise für Gas lagen im ersten Quartal auf sehr hohem Niveau. Der durchschnittliche Preis von 18,50 Euro/MWh übertraf den Vorjahreswert von 10,23 Euro/MWh deutlich. Aufgrund hoher LNG (liquid natural gas)-Preise in Asien war das Lieferangebot für europäische Standorte eingeschränkt. Hinzu kamen kältere Temperaturen als im Vorjahr.

Mit einem Eilbeschluss hat das Oberverwaltungsgericht Münster Anfang März die Markterklärung des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik ausgesetzt und damit die Einbauverpflichtung für Smart Meter gestoppt. Das Gericht begründete dies damit, dass die am Markt verfügbaren intelligenten Messsysteme nicht den gesetzlichen Anforderungen genügen. Konkret erfüllten sie nicht die Anforderungen an die Interoperabilität, also die Fähigkeit, Daten mit anderen Systemen unterschiedlichen Typs austauschen zu können.

Anfang März billigte der Bundesrat das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG). Danach müssen die Pkw-Stellplätze von neuen Wohngebäuden künftig mit Leitungsinfrastruktur für Elektromobilität ausgestattet werden, wenn es mehr als fünf Stellplätze sind. Bei Nichtwohngebäuden liegt der Schwellenwert bei mehr als sechs Stellplätzen.

Die Regierungskoalition hat sich Ende März auf Änderungen bei der Gewerbesteuer geeinigt. Zum einen sollen Mieterstromprojekte und Elektroladestationen von der Gewerbesteuer befreit bleiben, wenn sie nicht mehr als 10 % der Einnahmen eines Wohnungsunternehmens ausmachen. Zum anderen sollen Standortkommunen von Solar- und Windkraftanlagen künftig stärker an den Gewerbesteuereinnahmen beteiligt werden.

Der Bundesrechnungshof kritisiert in einem Ende März veröffentlichten Bericht die Steuerung der Energiewende durch die Bundesregierung als weiterhin unzureichend. Das Monitoring der Versorgungssicherheit sei lückenhaft. Es berücksichtige die Kohleausstiegspläne noch nicht und enthalte unrealistische Szenarien hinsichtlich des Ausbaus erneuerbare Energien und des künftigen Strombedarfs. Der Rechnungshof fordert eine grundlegende Reform der Abgaben und Umlagen mit dem Ziel, die Verbraucher zu entlasten. Aus der Energiewirtschaft kam Zustimmung zu

dieser Kritik. So monierte auch der Verband kommunaler Unternehmen Defizite bei der Finanzierung der Energiewende und der Versorgungssicherheit.

Ende März hat das Bundeskabinett eine Verordnung zur Vermeidung von Carbon-Leakage beschlossen. Mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) zahlen Unternehmen in Deutschland ab 2021 25 Euro/t CO₂. Damit dies nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führt, sollen sie abhängig von der Emissionsintensität eine Kompensation in Höhe von 65 bis 95 % erhalten. Einen Großteil dieser Mittel müssen die Unternehmen in den Klimaschutz investieren.

Wie der Bundesverband Windenergie mitteilte, erreichten die Genehmigungen für Onshore-Windkraft im ersten Quartal mit rund 1.160 MW an die höchste Zahl in einem ersten Quartal seit 2016. Der Tiefpunkt bei den Neugenehmigungen von Windkraftprojekten scheint damit vorerst überwunden. Der Menge an Neugenehmigungen kommt in diesem Jahr besondere Bedeutung zu, da sie darüber mitentscheidet, wie hoch die Ausschreibungsmengen ausfallen. Denn diese darf die Bundesnetzagentur seit der jüngsten EEG-Novelle reduzieren, wenn eine Unterdeckung droht. Bei den jüngsten Neugenehmigungen setzt sich das starke Nord-Süd-Gefälle fort: Die meisten Genehmigungen entfallen auf die norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Geschäftsverlauf - Bautätigkeit Netz

Im Bereich der Hochspannungsanlagen wurde die Leistungserweiterung des Umspannwerks Oberndorf um 40 MVA infolge von EEG-Einspeisepetenten fertiggestellt. Der Neubau des Umspannwerks Vinningen wurde, nach Eingang der entsprechenden Genehmigungen, zunächst mit den Tief- und Wegebauarbeiten aufgenommen. Ebenfalls sind die Genehmigungen für den Neubau des Umspannwerks Bexbach eingegangen, die darin enthaltenen Auflagen werden derzeit geprüft, daraufhin wird die Baumaßnahme umgehend gestartet. Beide Neubauten dienen zur Vermeidung von Netzengpässen und zur Erhöhung der Netzzuverlässigkeit in den jeweiligen Regionen. Zudem wurde die Vorplanung eines 110 kV-Schaltwerks in Kaiserslautern Hohenecken, welches ebenfalls zur Erhöhung der Netzsicherheit beiträgt, fortgeführt. Auch die Planungsphase für die Sanierungen der Umspannwerke Reckweilerhof und Dörrenbach wurde eingeleitet. Die letzte Erweiterungsstufe im Umspannwerk Wahnwegen ist derzeit in Arbeit. Außerdem wird im Umspannwerk Neustadt das alte Mittelspannungsschaltheus zurückgebaut.

Im Bereich der 110 kV-Freileitung wurden elf Gittermasten auf der Leitung Homburg – Otterbach (Teilstück Umspannwerk Bruchhof – Umspannwerk Homburg) einem Ersatzneubau unterzogen. Die Stockarbeiten an den Masten werden derzeit abgeschlossen, ebenso wie der Seilzug. Für verschiedene Einzelmaßnahmen auf den Leitungen Hauptstuhl – Einsiedlerhof, Neustadt – Lambrecht, Landau – Maximiliansau, Niederhausen – Otterbach, Kerzenheim – Eisenberg wurde mit den erforderlichen Vorplanungen begonnen. Für das Planfeststellungsverfahren auf der 110 kV-Freileitung Mutterstadt – Otterbach (Teilstück Mutterstadt – Kerzenheim) werden die Unterlagen überarbeitet und finalisiert. Für die Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens auf der 110 kV-Freileitung Otterbach – Biebermühle (Teilstück Otterbach – Hohenecken) wurde auf Basis einer Ausschreibung die Trassierungsarbeiten beauftragt. Die Tiefbauarbeiten für die 110 kV-Verkabelung zwischen dem Umspannwerk Pirmasens und dem neu zu bauenden Umspannwerk Vinningen werden fortgesetzt.

Im Bereich der Mittelspannungsanlagen sind die Erneuerungsmaßnahmen der Schaltstellen Fischbach bei Dahn und Schweighofen abgeschlossen. Auch im Umspannwerk Einsiedlerhof wurde die Erneuerung der 20 kV-Anlage erfolgreich abgeschlossen. Die im letzten Jahr begonnenen Sanierungsarbeiten an der Schaltstelle Limburgerhof, Hoher Mühlweg wird fortgeführt.

Im 20 kV-Freileitungsbereich wurden umfangreiche Leitungssanierungen in Verbindung mit erforderlichen Mastaustauschmaßnahmen ausgeführt.

In Maximiliansau wurde die Verkabelung der 20 kV-Freileitung durchgeführt. Diese befand sich im Baufeld der Amprion, welche größere Umbaumaßnahmen an der 380 kV-Anbindung der Umspannanlage Maximiliansau durchführen. Die genannte 20 kV-Leitung wird auf Basis der Zielnetzplanung bis nach Hagenbach als Kabel ausgeführt. In Bad Bergzabern wurde für das Tunnel-Projekt des Landesbetriebs Mobilität eine 20 kV-Anbindung und der Bau einer Übergabestation realisiert. Weiterhin wurde im ersten Quartal mit dem Austausch von störanfälligen 20 kV-Kabel in den Gemeinden Obermoschel, Rockenhausen und Donsieders begonnen. In der Gemeinde Nüschweiler wurde mit der Verkabelung einer 20 kV-Freileitung gestartet. Zur Anpassung an die Zielnetzplanung und Netzoptimierung werden in den Gemeinden Heltersberg und Rodalben Baumaßnahmen am Mittelspannungsnetz begonnen.

In Jockgrim wurde mit dem Austausch von alten Niederspannungskabeln (NAKLEY) begonnen. In dem ersten Bauabschnitt sind in Summe 1,6 km dieses Kabeltyps auszutauschen. Der im letzten Jahr begonnene Niederspannungskabelaustausch in der Ortsgemeinde Waldmohr wird fortgesetzt. Im Zuge des Straßenausbaus im Ortsnetz Hornbach wird eine Teilverkabelung durchgeführt. Viele weitere Maßnahmen für die Umsetzung in diesem Jahr wurden über den Ausschreibungsprozess an Baufirmen vergeben.

Die Abteilung GIS (Geografischer Informations-Service) startete ein Projekt zum Thema „Konstruktionstool im GIS-WebService“ speziell für Bauprojektleiter und Bauplaner. Im Test befindet sich der Einsatz eines Mobile-Clients für den GIS-WebService. Für das GIS-Qualitätsmanagement ist eine Monitoring-Datenbank im Aufbau.

Geschäftsverlauf - Vertriebstätigkeit Netz

Im ersten Quartal 2021 wurde die Leistungserhöhung der Stadtwerke Germersheim um 20 MW beauftragt. Hierdurch wird die Errichtung eines dritten Umspanners im Umspannwerk Germersheim notwendig. In diesem Zuge erhielt die Pflanzwerke Netz AG den Auftrag der Ingenieursdienstleistungen für die Erweiterung der Kundenanlage.

Die Ortsgemeinden Stelzenberg und Krickenbach im Landkreis Kaiserslautern haben in ihren Gemeinderatssitzungen die Vergabe der Stromkonzessionen an die Pflanzwerke Netz AG beschlossen. Mit der Vertragsunterzeichnung wird die Pflanzwerke Netz AG ab 01. Januar 2022 für 20 Jahre der Betreiber der Elektrizitätsverteilernetze in den beiden Gemeinden. Dies ist ein großer Erfolg und eine wichtige Weichenstellung für beide Seiten.

Wirtschaftliche Lage

Für die Pflanzwerke Netz AG stellt sich die Geschäftsentwicklung zum Ende des ersten Quartals 2021 wie folgt dar:

Angaben in Mio. €	Q I / 2021	Q I / 2020	Abweichung prozentual	Abweichung absolut
Umsatzerlöse	122,0	130,7	-6,7%	-8,7
EBIT	15,1	13,2	14,4%	1,9
Jahresüberschuss vor Steuern	9,7	8,9	9,0%	0,8
Investitionen	11,6	10,1	14,9%	1,5

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft liegen mit 122,0 Mio. Euro um -8,7 Mio. Euro unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf niedrigere Erstattungen aus dem EEG-Wälzungsmechanismus zurückzuführen.

Das EBIT stellt sich mit 15,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mio. Euro besser dar, was im Wesentlichen auf einen gestiegenen Rohertrag zurückzuführen ist. Der Jahresüberschuss liegt mit 9,7 Mio. Euro um 0,8 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau.

Das Investitionsvolumen liegt bei 11,6 Mio. Euro und damit 14,9 % über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Abweichung resultiert aus dem projektbedingt höheren Gesamtinvestitionsvolumen. Die Instandhaltungen liegen kumuliert bei 7,1 Mio. Euro.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung (Stichtag: 31. März 2021) waren für die Gesellschaft 480 Mitarbeiter(innen) tätig. Ergänzt wird die Belegschaft durch 44 Auszubildende. Die dazugehörigen Personalaufwendungen beliefen sich bis zum 31. März 2021 auf 10,1 Mio. Euro.

Risiko- und Chancenbericht

Zum Ende des ersten Quartals des laufenden Geschäftsjahres liegen keine Informationen zu bestandsgefährdenden Risiken für die Pfalzwerke Netz AG vor. In monatlichen Interviews werden die Risikoverantwortlichen interviewt, die dokumentierten Risiken bei Bedarf angepasst und neu identifizierte Risiken in das Risikomanagementsystem aufgenommen. Gleichzeitig findet während der Interviews eine Neubewertung der Risikosituation für jeden Bereich statt. In quartalweisen Terminen wird die Geschäftsführung über die aktuelle Risikosituation informiert, das weitere Vorgehen abgestimmt und dokumentiert. Aktuell – auch während der derzeit weltweit herrschenden Covid-19-Pandemie – gibt es keine Erkenntnisse zu Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Ausblick

Die Geschäftsentwicklung der Pfalzwerke Netz AG zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr ansteigen. Dies lässt sich im Wesentlichen durch gestiegene Netzentgelte, sowie höhere Erstattungen aus dem EEG-Wälzungsmechanismus begründen.

Aktuell wird davon ausgegangen, dass sich das EBIT und das Jahresergebnis vor Gewinnabführung gegenüber dem Jahresabschluss 2020 auf einem ähnlichen, leicht sinkenden, Niveau befinden.

Im Zusammenhang mit energiewirtschaftlichen Risiken hat die Pfalzwerke Netz AG auch in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. Sofern diese Risiken aufgrund neuer gesetzlicher Auslegung im Jahr 2021 entfallen, müssen die bestehenden Rückstellungen ergebniswirksam aufgelöst werden.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung im Quartalsbericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Mit freundlichen Grüßen

Pfalzwerke Netz AG



Marc Mundschau